


# TARIFPOLITIK IN EUROPA

## Informationen über tarifpolitische Entwicklungen

# THEMEN

**WIRTSCHAFTLICHE LAGE (S. 2)**
Herausfordernde wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

**Dänemark (S. 5)**
Neuer Tarifvertrag im Industriesektor gewährleistet Mindestlohn und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

**Österreich (S. 7)**
Krisenabschluss in der Metallindustrie

**Niederlande (S. 8)**
Neue Tarifverträge für beide Branchen der Metallindustrie

**Frankreich (S. 11)**
Bewegung Bloquons tout

**Gastkommentar (S. 14)**
Von Fidel Gavilan

**EuGH (S. 17)**
EU-Mindestlohnrichtlinie durch Urteil des Europäischen Gerichtshofs endgültig bestätigt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ähnlich wie die deutschen Wirtschaftsinstitute haben sowohl die Europäische Kommission als auch die OECD die Wachstumszahlen für das Jahr 2026 leicht nach unten korrigiert, gehen aber von einem positiven Wachstumstrend aus, der sich den Einschätzungen zufolge auch im nächsten Jahr 2027 fortsetzen wird. Erstmalig hat Ende 2025 der Europäische Gewerkschaftsbund eine eigene Wirtschaftsprognose erstellt. Zurecht verweist der EGB auf die Risiken von Austeritätspolitik, Angriffen auf den Sozialstaat und gesunkener Lohnquote.

Mit den Abschlüssen für die dänischen Industriebranchen, die österreichische Metallindustrie und die niederländischen Metallbranchen sind drei Beispiele von Tarifverträgen dargestellt, die unter den schwierigen Rahmenbedingungen einer wirtschaftlichen Rezession verhandelt wurden.

Den Anschluss bildet ein Bericht über die französische Bewegung Bloquons tout und der Gastkommentar unseres belgischen Kollegen Fidel Gavilan (FGTB-ABBV metaal). Dies sind Beispiele aktueller Kämpfe der Gewerkschaften in Europa gegen die sich verschärfenden Angriffe auf den Sozialstaat.

Erfreulich ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der die wesentlichen Regelungen der Europäischen Mindestlohnrichtlinie bestätigt und die Klage Dänemarks überwiegend zurückgewiesen hat.

Euer Redaktionsteam, Ressort Tarifpolitische Themen und Handlungsfelder.

**Impressum**

Tarifpolitik in Europa
Februar 2026

**Redaktion**
IG Metall | FB Tarifpolitik und Handwerk
Uwe Fink | Heidi Schroth | Thomas Windgasssen | Nils Frühling

**Layout**
Felix Kuhn

**Titelbild**
industriAll Europe

**V.i.S.d.P.**
Christiane Benner | IG Metall Vorstand | Wilhelm-Leuschner-Str. 79 | 60329 Frankfurt am Main

## WIRTSCHAFTLICHE LAGE

### Herausfordernde wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

In ihren jüngsten Prognosen zeichnen sowohl die EU Kommission[1] als auch die OECD[2] ein leicht positiveres Bild von der makroökonomischen Entwicklung als erwartet. Insbesondere die ersten neun Monate des Jahres 2025 übertrafen die Erwartungen um ca. 0,4 %. Zurückzuführen war dies auf den Anstieg der Exporte im Vorfeld der erwarteten Zollerhöhungen durch die US-Regierung, die geringere geopolitische Unsicherheit nach den jüngsten Handelsabkommen, verbesserte Finanzierungsbedingungen und steigende Investitionen in künstliche Intelligenz und Rüstung. Nach Einschätzung der OECD konnte damit der wirtschaftliche Druck aufgrund erhöhter politischer Unsicherheiten und zunehmenden Handelshemmnisse abgemildert werden. Die EU Kommission sieht darin die „Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und ihre Fähigkeit, beispiellose Schocks zu bewältigen“ bestätigt.
Entsprechend korrigierte die Kommission die Herbst-Prognosen des BIP-Wachstums

- der EU gegenüber der Frühjahrsprognose für 2025 von 1,1 % auf 1,4 % und
- der EURO-Zone für 2025 von 0,9 % auf 1,3 %.

Die OECD kommt für den EURO-Raum zu einer ähnlichen Einschätzung und korrigiert ebenfalls für 2025 das BIP-Wachstum auf 1,3 %.
Dennoch bleiben zunehmende Risiken für die Finanzstabilität, was laut OECD auf überhöhte Bewertungen von KI-bezogenen Vermögenswerten und die hohe Preisvolatilität von Krypto-Vermögenswerten zurückzuführen ist.

Für 2026 gehen sowohl EU Kommission als auch OECD von einer Verlangsamung des BIP-Wachstums aus. Die Kommission erwartet für die EU eine Seitwärtsbewegung mit 1,4 % (Spring Forecast: 1,5 %), für die EURO-Zone ein Wachstum mit 1,2 % (Spring Forecast: 1,4 %), das etwas geringer ausfällt als im Vorjahr. Die OECD kommt für die EURO-Zone für 2026 zur gleichen Wachstumsrate wie die EU Kommission im Herbst. Als Ursache werden die sich abschwächende vorgezogene Konjunkturbelebung und die Auswirkung höherer Handelszölle gesehen.
Für das Jahr 2027 gehen sowohl EU Kommission als auch die OECD von einer weiteren Erholung des BIP-Wachstums aus. Für die gesamte EU hält die Kommission einen leichten Anstieg des BIP um 1,5 % für möglich, für die EURO-Zone 1,4 %, was mit dem Prognosewert der OECD für die EURO-Zone übereinstimmt. In der Argumentation gehen beide von einer anziehenden Binnennachfrage und einer Erholung des Handels aus.

Der **Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)** liefert in seinem erstmalig erschienenen **Macroeconomic Outlook 2025: The EU Squeeze** [3]eine dringend notwendige Kritik an den vorherrschenden neoliberalen Narrativen, die die europäische Wirtschaftspolitik und -analyse prägen. Die daraus abgeleitete strenge staatliche Sparpolitik erlebt ein politisches Comeback und führt zu massiven Angriffen auf soziale Errungenschaften.
Der EGB fokussiert in seiner makroökonomischen Analyse die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten in der EU. Insbesondere die Kosten für Energie und Wohnen bleiben weiterhin hoch. Problematisch ist auch die seit den 1990er Jahre rückläufige Lohnquote.

[1] Autumn 2025 Economic Forecast (17. November 2025)
[2] Economic Outlook (2. Dezember 2025)
[3] ETUC Macroeconomic Outlook 2025 | ETUC

Besonders stark ging die Lohnquote 2008 im Zuge der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise zurück, stabilisierte sich danach bei aktuell knapp unter 63 %, was rund 1,5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der 1990er Jahre liegt. Das bedeutet – so die Schlussfolgerung der EGB-Ökonomen – , dass ein wachsender Teil der Wertschöpfung eher von der Kapitalseite abgeschöpft wird. Damit wird die massive Umverteilung der Einkommen innerhalb der Europäischen Union zugunsten des Kapitals weiter befeuert. Aus Sicht der EGB ist der Rückgang der Lohnquote an der Wertschöpfung weder eine vorübergehende Schwankung noch das Ergebnis sinkender Arbeitsproduktivität [4]

Der EGB problematisiert den strukturellen Verlust der Kaufkraft und den sinkenden Lebensstandard der abhängig Beschäftigten im EU-Durchschnitt. Ursächlich dafür sind institutionelles und politisches Versagen wie die Schwächung von Tarifvertragssystemen in verschiedenen EU-Ländern infolge der Empfehlungen des Europäischen Semesters (siehe Kasten) und die Stagnation der privaten Investitionen in der Europäischen Union in den letzten 25 Jahren. Zu den Hauptursachen zählen die Finanzierung der Unternehmen und starre Haushaltsregeln, aber auch die schwache Nachfrage der privaten Haushalte. Damit wird das Wachstumsversprechen der EU Kommission für 2026 und 2027, das unter anderem auf einer anziehenden Binnennachfrage basieren soll, in Frage gestellt. Von einer Erholung des internationalen Handels in Zeiten sich verschärfender geopolitischer Konflikte ganz zu schweigen.

**Abgeleitet von der wirtschaftlichen Analyse fordert der EGB:**

- Stärkung der Tarifvertragssysteme.
- Erhöhung der Tarifbindung und Umsetzung der europäischen Mindestlohnrichtlinie.
- Faire Löhne, die mit der Produktivität Schritt halten und Einkommen gerechter verteilen.
- Investitionen in Arbeitnehmer, nicht nur in Kapital. Unternehmen, die von Produktivitätssteigerungen und steigenden Gewinnen profitieren, müssen in Dekarbonisierung, Weiterqualifizierung und die Qualität der Arbeitsplätze reinvestieren.
- Öffentliche Investitionen in die grüne Transformation, die auch zur Schaffung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze führen wird.

[4] ETUC Macroeconomic Outlook 2025, Seite 5 (Brüssel 2025)

| Entwicklung des realen BIP verschiedener Länder | | | |
|---|---|---|---|
| **Land** | **2025** | **2026** | **2027** |
| Belgien | 1,0 % | 1,1 % | 1,3 % |
| Deutschland | 0,2 % | 1,2 % | 1,2 % |
| Irland | 10,7 % | 0,2 % | 2,9 % |
| Griechenland | 2,1 % | 2,2 % | 1,7 % |
| Spanien | 2,9 % | 2,3 % | 2,0 % |
| Frankreich | 0,7 % | 0,9 % | 1,1 % |
| Italien | 0,4 % | 0,8 % | 0,8 % |
| Niederlande | 1,7 % | 1,3 % | 1,7 % |
| Österreich | 0,3 % | 0,9 % | 1,2 % |
| Portugal | 1,9 % | 2,2 % | 2,1 % |
| Finnland | 0,1 % | 0,9 % | 1,2 % |
| Euroraum (EA 20) | 1,3 % | 1,2 % | 1,4 % |
| Tschechien | 2,4 % | 1,9 % | 2,4 % |
| Dänemark | 2,0 % | 2,1 % | 1,7 % |
| Ungarn | 0,4 % | 2,3 % | 2,1 % |
| Polen | 3,2 % | 3,5 % | 2,8 % |
| Rumänien | 0,7 % | 1,1 % | 2,1 % |
| Schweden | 1,5 % | 2,6 % | 2,3 % |
| EU | 1,4 % | 1,4 % | 1,5 % |

(Quelle: EU Kommission, Autumn 2025 Economic Forecast, veröffentlicht am 17. November 2025)

„Das **Europäische Semester** ist das jährliche Verfahren der EU zur Koordinierung der Wirtschafts-, und Sozialpolitik. Während des Semesters passen die EU-Mitgliedstaaten ihre Haushalts- und Wirtschaftspolitik an die auf EU-Ebene vereinbarten Ziele und Vorschriften an.

Das Europäische Semester zielt durch eine stärkere wirtschaftliche und soziale Koordinierung darauf ab, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze, makroökonomische Stabilität sowie solide öffentliche Finanzen in der EU zu gewährleisten.

Der Zeitplan des Semesters basiert auf einem wiederkehrenden Zyklus, der mit der Vorstellung der wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten durch die Europäische Kommission im Herbst beginnt. Er endet im Oktober des Folgejahres, wenn die Mitgliedstaaten die Entwürfe für ihre Haushaltsplanung vorlegen. Danach beginnt der Zyklus wieder von vorn.“ (EU Kommission)

Im Rahmen des Europäischen Semesters werden länderspezifische Empfehlungen gegeben, um die wirtschaftlichen Herausforderungen der gesamten EU zu bewältigen. In der Vergangenheit beinhalteten die Empfehlungen der Kommission immer auch negative Eingriffe in die Tarifvertragssysteme nach der simplen Formel: „Senkung der Löhne = Senkung der Lohnstückkosten = Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit = Wirtschaftlicher Aufschwung“. So ist aktuell das belgische System der Lohnindexierung ins Fadenkreuz der Kommissionsempfehlung gekommen (siehe Gastkommentar der aktuellen Ausgabe).

## Dänemark

| Dänemark | 2025 | 2026 | 2027 |
|---|---|---|---|
| BIP | 2,0 % | 2,1 % | 1,7 % |
| Inflation | 1,9 % | 1,0 % | 1,8 % |
| Arbeitslosenquote | 6,1 % | 6,1 % | 6,0 % |
| Anzahl Erwerbstätige* | 3,23 | 3,24 | - |

Quelle: EU Kommission | *in Millionen; Quelle:statista

### Neuer Tarifvertrag im Industriesektor gewährleistet Mindestlohn und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Nach über einem Monat und einem Tag intensiver Verhandlungen konnte CO-industri einen Tarifvertrag mit dem Verband der dänischen Industrie abschließen.
Der Tarifvertrag läuft bis zum 1. März 2028 und bringt damit insgesamt **230.000 Mitgliedern** in fast **6.000 Betrieben** einen neuen Tarifvertrag. Was bei dänischen Tarifverhandlungen wichtig zu wissen ist: die Verhandlungen auf der Flächenebene legen nur das Mindestlohnniveau fest und in den Betrieben werden die weiteren Lohngruppen verhandelt.
Kernpunkt des Tarifvertrages ist dementsprechend die **Mindestlohnerhöhung**: dieser steigt in der Laufzeit von DKK 136.15 (18.23 Euro) auf DKK 146.90 (**19.67 Euro**) pro Stunde. Dieser Anstieg bedeutet einen prozentualen Lohnanstieg um 7,89 % über die 3 Jahre Laufzeit hinweg. Zudem werden die Überstundenzuschläge um 3 % pro Jahr erhöht und alle anderen Zuschläge erhöhen sich um 3.5 % pro Jahr. Zudem wird Arbeitnehmer*innen nun das Recht ermöglicht in bestimmten persönlichen und familiären Situationen Überstunden abzulehnen.
Auch die Entlohnung für **Student*innen, Auszubildende und Trainees** steigt. Diese sogar **überproportional.** Insgesamt beträgt die Steigung bei 11 %. Aufgeschlüsselt erhöht sich das Gehalt 2025 um 4 %, 2026 um 3.5 % und 2027 nochmals 3.5 %.

Das Instrument des **„free-choice Konto“** erhält einen Anstieg um 2 %. Dieses Modell stellt einen flexiblen Mechanismus dar: man kann entscheiden, ob das **Geld** auf diesem Konto direkt **als Lohn** ausgezahlt werden soll **oder in die Rente** eingespeist wird.
Die Arbeitnehmer dürfen jährlich entscheiden, wie mit dem Geld verfahren wird. Der Anstieg um 2 % kommt in 2 Schritten (1 % in 2026 und 1 % in 2027). Damit steigt das Konto von insgesamt 9 % auf 11 %. Seit neustem können sich auch **freie Tage** über das free-choice Konto „erkauft“ werden. Statt das Geld zu erhalten, können freie Tage genommen werden. Diese Möglichkeit bietet sich in folgenden Fällen:

- dritter freier Tag bei Krankheit der Kinder
- zwei jährliche Tage für die Enkelkinder
- es können Familienangehörige bei Arztterminen oder Amtsterminen unterstützt werden

Eine **Erhöhung der Rentenbeiträge** durch den Arbeitgeber wird auch festgelegt. Der Betrag für den Arbeitgeber wird um 1 % erhöht und steigt damit insgesamt auf 11 % an. Der Beitrag der Arbeitnehmer bleibt weiterhin bei 2 %.
Der Tarifvertrag legt auch fest, dass es 2 weitere voll bezahlte Wochen **Elternzeit** geben soll, welche unter den beiden Elternteilen flexibel aufgeteilt werden kann. Für Stundenlöhner erhöht sich der Anspruch auf **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall** um 3 Wochen. Der Gesamtanspruch liegt nun bei insgesamt 17 Wochen bezahlten Krankenstand.

Der Vorsitzende der Co-industri und der dänischen Metallarbeitergewerkschaft Claus Jensen bewertet den Abschluss folgendermaßen:
*„Derzeit befindet sich die Welt in Aufruhr, und es herrscht große Unsicherheit. Es ist an der Zeit, dass die Sozialpartner zusammenstehen und für Stabilität sorgen. Wir haben eine gute Vereinbarung getroffen, durch die Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche haben und mehr Zeit mit ihren Familien verbringen können.“*




https://www.co-industri.dk/artikler/tillidsrepraesentanterne-er-med-til-kvalificere-ok-oensker

## Österreich

| | 2025 | 2026 | 2027 |
|---|---|---|---|
| BIP | 0,3 % | 0,9 % | 1,2 % |
| Inflation | 3,5 % | 2,4 % | 2,2 % |
| Arbeitslosenquote | 5,6 % | 5,5 % | 5,3 % |
| Anzahl Erwerbstätige* | 4,47 | 4,48 | - |

Quelle: EU Kommission | *in Millionen; Quelle: statista

**Krisenabschluss in der Metallindustrie**

Die österreichische PRO-GE (Produktions-gewerkschaft) und die Angestelltengewerkschaft GPA haben im September 2025 in der ersten Verhandlungsrunde einen **Krisenabschluss** für die **190.000 Beschäftigten** in der **Metallindustrie** verhandelt. Zum Hintergrund: Die Metallindustrie in Österreich ist von einer Rezession betroffen. Allein im Jahr 2024 wurden 10.000 Arbeitsplätze abgebaut. Mit dem Tarifabschluss soll die Branche stabilisiert und Planungssicherheit realisiert werden.

Die Laufzeit beträgt ausnahmsweise **zwei Jahre.** Sobald die Krise überwunden ist, sollen wieder Tarifverträge mit einer Laufzeit von 12 Monaten angestrebt werden.

Zum **1. November 2025** stiegen die Ist-Löhne und -Gehälter[5] um **1.41 %.** Damit liegt die Erhöhung der Löhne unter der rollierenden Inflation[6]. Deshalb soll die Kaufkraft kurzfristig mit zwei Einmalzahlungen (Prämien) in Höhe von insgesamt 1.000 Euro abgesichert werden. Die erste Prämie wurde bereits im Dezember 2025 ausgezahlt, die zweite folgt im Juli 2026. Teilzeitbeschäftigte erhalten den Betrag anteilmäßig und **Auszubildende** erhalten **250 Euro** zum Dezember 2025. Wechseln Auszubildende bis Ende Juni in ein Arbeitsverhältnis, wird eine zweite Prämie von 250 Euro ausbezahlt. Durch **Betriebsvereinbarungen** können einmalige Umwandlungen in **1- 4 ganze freie Tage** vereinbart werden (1 Tag ≙ 250 Euro).

Darüber hinaus steigen **Zulagen** um 2 %, die Zulagen für Nacharbeit und dritte Schichten sogar um 7.54 %.

Die **kollektivvertraglich geregelten Mindestlöhne und -gehälter** erhöhen sich durch den Abschluss ebenfalls. Diese steigen überproportional um **2 %.** Somit liegt der monatliche Mindestlohn nun bei 2.568,80 Euro (Grundstufe der niedrigsten Lohngruppe A[7]).

Für die zweite Stufe des Kollektivvertrags ergeben sich folgende Veränderungen:

Ab dem **1. November 2026** steigen die **Mindestlöhne** und -gehälter nochmal um **2.1 %** und die IST-Löhne und -Gehälter um **1.9 %.** Zulagen und Aufwandsentschädigungen steigen um 2.1 %. Die Zulage für Nachtarbeit und dritte Schichte steigt zudem um 7.01 %.

Auch die Auszubildenden profitieren von dem Tarifvertrag. Sie erhalten jetzt jeweils ab 1. November eine Steigerung von 2 % in 2025 und 2,1 % in 2026:

| | 2025 | 2026 |
|---|---|---|
| 1. Ausbildungsjahr | 1.071 € | 1.093,49 € |
| 2. Ausbildungsjahr | 1.295,40 € | 1.322,60 € |
| 3. Ausbildungsjahr | 1.657,50 € | 1.692,31 € |
| 4. Ausbildungsjahr | 2.152,20 € | 2.197,40 € |

Reinhold Binder (Pro-Ge) und Mario Ferrari (GPA) ziehen ein Resümee: Dieser Abschluss *„ist ein starkes Signal der Sozialpartnerschaft, in herausfordernden Zeiten rasch vernünftige Lösungen zu finden. Es ist ein Schulterschluss der Kollektivvertragspartner für den Standort Österreich und für gutbezahlte Industriearbeitsplätze“.*



https://www.flickr.com/photos/proge/54805417110/in/album-72177720329187495

[5] Die Ist-Lohnklausel in Österreich verpflichtet Arbeitgeber:innen, die tatsächlich bezahlten Löhne und Gehälter, die über den kollektivvertraglich geregelten Mindestlöhnen und -gehältern liegen, zu erhöhen.

[6] „Rollierende Inflation“ bezeichnet den Durchschnitt der Inflationsraten der letzten zwölf Monate im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

[7] Infokarte_Metallind_2025.pdf

## Niederlande FNV

| | 2025 | 2026 | 2027 |
|---|---|---|---|
| BIP | 1,7 % | 1,3 % | 1,7 % |
| Inflation | 3,0 % | 2,5 % | 2,1 % |
| Arbeitslosenquote | 3,9 % | 4,1 % | 4,3 % |
| Anzahl Erwerbstätige* | 9,81 | 9,83 | - |

Quelle: Europäische Kommission | *in Millionen; Quelle: statista

**Der niederländische Gewerkschaftsbund FNV (Federatie Nederlandse Vakbeweging)[8] hat zum Jahreswechsel für beide Branchen der niederländischen Metallindustrie neue Tarifverträge abgeschlossen.**




Den Anfang machte der Abschluss für die 150.000 Beschäftigten der Branche **Metalektro,** auch **grootmetaal** (Großmetall) genannt, da nur die großen Unternehmen bzw. Konzerne der Metall- und Elektroindustrie darunterfallen.

Die Verhandlungen für den neuen Tarifvertrag begannen Ende September noch vor Ende der Laufzeit des vorangegangenen Tarifvertrags (31. Dezember 2025). Der Arbeitgeberverband FME signalisierte zwar frühzeitig, dass das Vorruhestandsprogramm (RVU) bestehen bleibt, legte aber in der vierten Verhandlungsrunde am 11. November mit 2 % Entgelterhöhung ein ungenügendes Angebot vor, das sowohl weit unter der Forderung der FNV nach einer Entgelterhöhung von 6 % als auch der erwarteten Inflationsrate geblieben ist.

Am 25. November endete auch die fünfte Verhandlungsrunde ergebnislos. Die danach einsetzenden Sondierungsgespräche erwiesen sich als so vielversprechend, dass Mitte Dezember die Verhandlungen fortgesetzt wurden und schließlich am 16. Dezember 2025 zu folgendem Verhandlungsergebnis führten:

### Entgelt

- Ab 1. Januar 2026: Strukturelle **Entgelterhöhung** um insgesamt **3 %** basierend auf dem durchschnittlichen Monatsentgelt der Branche (4.300 Euro brutto). Diese Erhöhung setzt sich zusammen aus **2 %** zuzüglich **43 Euro als strukturelle Zulage.**
- Ab dem 1. November 2026: **Einmalzahlung** von **100 Euro netto.**
- **Mitgliederbonus:** Der Arbeitgeber erstattet die Gewerkschaftsbeiträge für das Jahr 2026 netto für alle, die ab dem 1. Januar 2026 Gewerkschaftsmitglieder sind.
- Die Laufzeit beträgt 12 Monate vom 1. Januar 2026 bis zum 31. Dezember 2026.

### Vorruhestandsprogramm (RVU)

- Das Vorruhestandsprogramm wird materiell um 300 Euro pro Beschäftigten auf 2.657 Euro brutto aufgestockt.
- Ab 2027 werden neue objektive Kriterien für schwere Arbeit gelten. Das Programm ist mit einer nachhaltigen Beschäftigungsstrategie verknüpft, damit die Beschäftigten weiterhin

[8] Federatie Nederlandse Vakbeweging ist der größte branchenübergreifende Gewerkschaftsbund der Niederlande mit insgesamt rund 1.2 Millionen Mitgliedern und führt mit seinen jeweiligen Fachgruppen die Flächentarifverhandlungen für die jeweiligen Branchen. FNV metaal ist u.a. für Metalektro und Metaal en Techniek zuständig.

gesund arbeiten und gegebenenfalls früher in den Ruhestand gehen können.
- Die Laufzeit des Tarifvertrags RVU wurde um 5 Jahre verlängert.

Bestehende tarifvertraglich geregelte Projekte zur **nachhaltigen Beschäftigungsfähigkeit** wie Financial Fit, Karrierecoaching und Schulungsgutscheine werden fortgeführt. Darüber hinaus wird es weitere Forschung zu Fehlzeiten und Arbeitsdruck geben, damit Verbesserungen gezielt umgesetzt werden können.

Weiterhin einigten sich die Tarifvertragsparteien darauf, bestehende Sozialpartnerformate und -instrumente zur strategischen Entwicklung der Branche fortzuführen.

Im Vergleich zum vorangegangenen Tarifvertrag[9] macht sich im Ergebnis des neuen aktuell gültigen Abkommens schon die deutlich schwierigere wirtschaftliche Lage bemerkbar.




Für die 340.000 Beschäftigten der Branche **Metaal en Techniek** – die KMUs der Metall- und Elektroindustrie, weshalb hier auch von **kleinmetaal** (Kleinmetall) gesprochen wird – liegt ein Verhandlungsergebnis vor.

Das am 27. Januar 2026 nach harten Verhandlungen und zahlreichen begleitenden Aktionen der Beschäftigten erzielte Ergebnis bezeichnet die FNV als faires und der Situation angemessenes Ergebnis, zumal sämtliche Versuche der Arbeitgeber, Standards zu verschlechtern, abgewehrt werden konnten. Das Verhandlungsergebnis für **Metaal en Techniek** enthält u.a. folgende Elemente:

**Entgelt**

- Ab 1. März 2026: **Entgelterhöhung** um **3 %.**
- Einmalzahlung von **132 Euro** im November 2026.
- Mitgliederbonus: Der Arbeitgeber erstattet die Gewerkschaftsbeiträge für die Jahre 2026 und 2027 netto für alle die ab dem 1. Januar des jeweiligen Jahres Gewerkschaftsmitglieder sind.
- Die Laufzeit beträgt 24 Monate vom 1. Februar 2026 bis zum 31. Januar 2028.

Nichtsdestotrotz wird auch bei diesem Ergebnis der durch die Stagnation eingeschränkte Verhandlungsspielraum der Gewerkschaft deutlich; beim vorangegangenen Abkommen gab es noch eine dreistufige Erhöhung von insgesamt 13 % bei einer Laufzeit von 22 Monaten.




[9] Laufzeit vom 1. Juni 2024 bis 31. Dezember 2025, Entgeltsteigerung in drei Stufen (ab 1. Juni 2024: 2,75 %; ab 1. Januar 2025: 3,25 % und ab 1. Juni 2025: 3 %)

**Vorruhestandsprogramm (RVU) für besonders belastete Beschäftigte**

- Das Vorruhestandsprogramm wird materiell um 300 Euro pro Beschäftigten auf 2.657 Euro brutto aufgestockt.
- Ab 2027 werden neue objektive Kriterien für schwere Arbeit gelten.
- Die Laufzeit des Tarifvertrags RVU wurde um 5 Jahre verlängert.

Daneben wurden Regelungen für Gesundheitsschutz und Prävention sowie Qualifizierung verlängert bzw. verbessert.

Die FNV lässt die Mitglieder über die Annahme des Verhandlungsergebnisses entscheiden. Die **Mitgliederbefragungen** in beiden Branchen waren bis Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.



## Frankreich

| | 2025 | 2026 | 2027 |
|---|---|---|---|
| BIP | 0,7 % | 0.9 % | 1.1 % |
| Inflation | 1,0 % | 1,3 % | 1,8 % |
| Arbeitslosenquote | 7,6 % | 8,0 % | 8,2 % |
| Anzahl Erwerbstätige* | 29,03 | 29,07 | - |

Quelle: EU Kommission | *in Mio; Quelle:statista

### Bloquons tout – zivilgesellschaftlich-gewerkschaftliches Bündnis

Frankreich wurde im späten Sommer, frühen Herbst 2025 von einer Streikwelle getroffen. Auslöser für die Proteste war der durch die Regierung unter Macron eingeführte Sparhaushalt für das Jahr 2026. Unter der Minderheitsregierung vom Premierminister Bayrou sollte ein Sparpaket in Höhe von 44 Milliarden durchgesetzt werden. Die Folge dieses starken Einschnitts: eingefrorene Renten, Kürzungen bei Sozialausgaben, eine Verwaltungsreform, keine neuen Stellen im öffentlichen Dienst und sogar die Abschaffung von mehreren Feiertagen. Grund für die Reform laut der Regierung: eine ausufernde Staatsverschuldung.

Gegen diesen Vorschlag formierte sich schnell Widerstand aus Politik, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften. Die Bewegung, die aus dieser Ablehnung hervorging, nennt sich »Bloquons Tout« (alles blockieren) und plante für den 10. September Proteste gegen das geforderte Sparpaket. Um den aufkommenden Protest im Keim zu ersticken, setzte der Präsident Macron auf eine Vertrauensfrage, die an den Haushaltsentwurf gekoppelt war. Dem Premierminister wurde das Vertrauen nicht ausgesprochen. Statt Neuwahlen auszurufen, wurde Verteidigungsminister Sébastien Lecornu als siebter Premierminister in Macrons Amtszeit berufen. Dieser stellt, wie es LePen leider sehr gut darstellt, »die letzte Patrone des Macronismus« dar. Er ist ein sehr guter Verhandler und hat Macron die Hoffnung gegeben, die Sozialistische Partei aus der „Nouveau Front Populaire“ (Neue Volksfront) herauszubrechen.

Die Vertrauensfrage konnte die Bewegung »Bloquons Tout« nicht schwächen und so setzte sich der Protest am 10. September in Bewegung. Gleich am frühen Morgen haben rund 100 eher junge Menschen und einige Gewerkschafter*innen der CGT das Pariser Busdepot blockiert. Diese wurden schnell von der Pariser Bereitschaftspolizei abgedrängt.

Um 6 Uhr setzten sich 200 Menschen in Bewegung, um das zentrale Autobahnkreuz in Paris zu blockieren. Ohne Probleme konnten die Demonstrant*innen zum Blockadeort gelangen und bauten dort Barrikaden auf. Sie waren so schnell wieder weg, wie sie gekommen sind, wohlwissend dass 200 Demonstrant*innen keine Blockade halten können.

Das Geschehen verlagerte sich wenig später zum Gare de Nord, dem verkehrsreichsten Bahnhofs Europas: Hier haben die Gewerkschaften CGT & Sud Rail eine Vollversammlung angekündigt. Während im Bahnhof die Gewerkschafter*innen die Vollversammlung abhielten, haben sich draußen tausend Menschen versammelt und versuchten immer wieder in den von der Polizei verschlossenen Bahnhof zu kommen. Als Folge verlagerte sich die Vollversammlung vor den Bahnhof. Die Bahnarbeiterin und Sud-Rail Gewerkschafterin Laura Varlet begründete diese Entscheidung folgendermaßen: »Es kann nicht sein, dass wir hier eine Vollversammlung abhalten, während tausende Schüler*innen, Studierende und Arbeiter*innen außen durch die Polizei gekesselt werden«. Somit begann

die Vollversammlung nun die Demonstrant*innen vor dem Gare de Nord zu unterstützen. Symbolisch überreichte ein Bahnarbeiter einer jungen Demonstrierenden eine Leuchtfackel.

Am Nachmittag kam es zu weiteren Veranstaltungen. So versammelten sich am Place de Châtelet mehrere Zehntausend Gewerkschafter*innen, Schüler*innen und Studierende. Bis am Abend setzten sich die Demonstrationen fort. Nicht nur in Paris, sondern in ganz Frankreich wurden hunderte Aktionen durchgeführt. Es sollen mindestens 197.000 Menschen auf der Straße gewesen sein. Die CGT spricht von 250.000 Teilnehmer*innen, manche Schätzungen sprechen von 500.000 Demonstrant*innen. Neben den Demonstrationen konnte der CGT insgesamt 715 Fälle von Arbeitsniederlegungen feststellen, die sowohl in privaten als auch öffentlichen Unternehmen stattgefunden haben.

Der Tag hat neben den ganzen Demonstrationen noch eine weitere Besonderheit: es war das erste Mal seit 2023, dass die acht größten Gewerkschaften einen gemeinsamen Appell verabschiedeten und mit diesem Appell zu dem Mittel des politischen Streiks aufgerufen haben.

Die Antwort der französischen Regierung auf den Protest ist ein abgeschwächtes Sparpaket, wobei die Zugeständnisse nur in homöopathischen Dosen verabreicht wurden: es sollen nun hauptsächlich keine Feiertage mehr abgeschafft werden. Dies konnte die Gewerkschaften und Linksparteien nicht davon überzeugen, den nächsten Blockadetag am 18. September abzusagen.

Der Gewerkschaftsbund CGT geht davon aus, dass am 18. September insgesamt eine Millionen Menschen mobilisiert werden konnten, während die Polizei lediglich von 505.000 Demonstrant*innen ausgeht. Hinzu kommen Arbeitsniederlegungen von mehr als zehn Prozent der 2,5 Millionen Beschäftigten im Staatsdienst. Besonders hervorzuheben sind die Schüler*innen, die sich der Protestbewegung anschließen. Die Union syndicale lycéenne (USL) gab an, dass in ganz Frankreich 170 Schulen blockiert wurden. »Die Schüler bringen massiv ihre Ablehnung der Sparpolitik von Macron und seinem neuen Premierminister Lecornu zum Ausdruck«.

Sophie Binet, Vorsitzende der Gewerkschaft CGT erklärt, dass »allein schon die Mobilisierung so vieler Menschen ein großer Erfolg war«. Sie ergänzt: »Heute erheben sich die Lohnabhängigen, um zu sagen, dass sie diese endlose Macht des Macronismus nicht mehr ertragen können«. Marylise Léon, die Generalsekretärin des Gewerkschaftsverbandes CFTD spricht von einem sehr klaren Warnsignal an den Premierminister und fordert, dass die Belastung für die Senkung der Staatsschulden nicht nur auf den Rücken der Arbeitnehmer*innen lastet. So werde in Zukunft „die Straße“ an den Budgets mitschreiben. Denn nur so könne das Budget sozial, steuerlich und ökologisch gerecht sein.

Eine weitere Staatskrise und das Abdanken des Premierministers konnte bisher verhindert werden. Die Regierung legte die Rentenreform auf Eis. Dementsprechend sprach sich die sozialdemokratische PS (Parti socialiste) für die Regierung aus und wendete eine weitere Staatskrise ab. Die Situation bleibt weiterhin eine Hängepartie: die PS wird bei Nichteinhaltung der der Zusagen einen neuen Misstrauensantrag zustimmen.

Eine weitere Streikwelle der Bewegung „bloquons tout“ in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konnte am 2. Oktober nochmals 600.000 auf die Straße bringen. Wie die Bewegung weiter agieren wird und ob diese sich gegen die Kooperation der PS mit Macron aussprechen wird oder mit der Absage der Rentenreform zufriedengeben wird, bleibt abzuwarten.




https://www.cgt.fr/manif18septembre

Quellen:
analyse & kritik - Ist das schon eine Bewegung? (18. Sep. 25)
junge welt – allons enfants (Ausgabe vom 19.09)
nd – Große (sic!) Beteiligung an Protesten (19.09)
nd - Gescheiterte Misstrauensanträge (16.10)
france 24 - Tens of thousands protest public spending cuts across
France (02.10)

## Gastkommentar von Fidel Gavilan

### Starker Widerstand gegen die Austeritätspolitik der Regierung: Gewerkschaften mobilisieren in Belgien



*Fidel Gavilan (links im Bild mit schwarzer Mütze während der Streiktage im November) ist Gewerkschaftssekretär des FGTB/ABVV metaal in der Brüsseler Zentrale*

Am 14. Oktober 2025 riefen die großen belgischen Gewerkschaften, ACV-CSC, ABVV-FGTB und ACLVB-CGSLB zu einer nationalen Demonstration in Brüssel auf. Rund **140.000 Menschen** folgten dem Aufruf ihrer Gewerkschaften. Grund dafür ist die unsoziale Politik der rechtskonservativen Regierung aus wallonischen Liberalen, Christdemokraten und Nationalisten mit Unterstützung der flämischen Sozialdemokraten. Die Regierung trägt wegen der Farben der Koalitionsparteien den Namen Arizona-Regierung.
Die Gewerkschaften kritisieren insbesondere:

**Erstens: Geplanter „Indexsprung“:** In Belgien werden die Löhne und Renten, Arbeitslosenunterstützung und andere Sozialleistungen jährlich automatisch entsprechend der Inflationsrate erhöht. Dieser Mechanismus wird als (Lohn)Indexierung bezeichnet. Die aktuelle Regierung möchte davon 2026 und 2028 absehen und die Indexierung für monatliche Bruttolöhne nur noch bis 4000 Euro an die Beschäftigten weitergeben, alles, was darüberliegt, wird sozusagen übersprungen. Somit erhält ein Arbeitnehmer, der 5.000 Euro brutto verdient, im Jahr 2026 20 Euro weniger durch den Indexsprung als normalerweise. Diese vermeintlich kleine Einbuße wirkt sich allerdings auch auf den Rest des Arbeitslebens aus und kann somit leicht zu einem Verlust von mehreren Tausend Euro führen. Zu beachten ist, dass der Betrag des Lohnes über 4000 Euro zwar weiterhin indexiert wird, diese Steigerung wird jedoch nicht an die Arbeitnehmer*innen ausgezahlt. Die Hälfte davon verbleibt als „Steuer” beim Fiskus, die andere Hälfte wird an den Arbeitgeber ausgezahlt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu „retten”.

**Zweitens: Einschnitte bei Renten**. Die Arizona-Regierung möchte, dass die Menschen so lange wie möglich arbeiten. Wer vor Vollendung des 67. Lebensjahres (dem gesetzlichen Rentenalter) in den Ruhestand geht, riskiert eine signifikant geringere Rente. Diese Rentenreform wird vor allem Frauen treffen. Darüber hinaus werden Bruttorenten von mehr als 2.000 Euro oder 1.500 Euro netto nicht indexiert.

**Drittens: Mehr Flexibilität**. Die Arizona-Regierung lockert die Bestimmungen zur Nachtarbeit ohne Berücksichtigung der Mitbestimmung und ohne Rücksicht auf die Gesundheitsrisiken. Sie schafft die Frühverrentungsmöglichkeit für Beschäftigte in Nachtschichten zwischen 20 und 23 Uhr ab. Nachtzuschläge werden teilweise gestrichen. Dies kostet Arbeitnehmer in Nachtschicht rund 300 Euro pro Monat. Die Regierung möchte

außerdem auch die Anzahl der Überstunden von 100 auf 360 Stunden erhöhen.

**Viertens: Angriff auf die öffentlichen Dienste und insbesondere auf die Frühpensionierungen** bei gleichzeitiger Ausweitung militärischer Ausgaben. Belgien kündigte im März 2025 an, dass es sein Verteidigungsbudget bis zum Sommer auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts erhöhen will, was einer Investitionsspritze von 4 Milliarden Euro entspricht. Das Verteidigungsbudget wird damit in diesem Jahr von 7,9 Milliarden auf etwa 12 Milliarden Euro steigen. Die zusätzlichen Mittel werden unter anderem für Munition, Luftabwehr und moderneres Material verwendet. Auch Belgien hat sich verpflichtet, künftig die 5-%-Norm der NATO zu erfüllen.

**Fünftens:** Der sozialistische Gesundheitsminister will bis 2030 100.000 **Langzeitkranke wieder in Arbeit** zu bringen und 1,9 Milliarden Euro einzusparen, ohne dass die Arbeitgeber nennenswerte Anstrengungen unternehmen müssen.

**Sechstens:** Auch die **Mehrwertsteuer** wird für Gas, Diesel, Benzin, Sport aber auch für Essen zum Mitnehmen **erhöht.** Die Mehrwertsteuer auf Strom sinkt. Gleichzeitig lehnen die Liberalen und Nationalisten jede Form der Vermögenssteuer ab.

Immerhin reagiert die Regierung auf den Druck der Straße, also die Protestaktionen der Gewerkschaften. Verschiedene Maßnahmen werden rückgängig gemacht, wie beispielsweise die Bestrafung von Arbeitnehmern, die krank oder in Kurzarbeit waren.
Für die Gewerkschaften ist klar, wer erneut die Rechnung bezahlen muss: Die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, die Menschen, die krank sind, die Menschen, die ihre Gesundheit verschlissen haben.
Die Regierung gibt vor, die automatische Indexierung beibehalten zu wollen, doch in Wirklichkeit wird der Mechanismus zum ersten Mal geändert, indem eine Begrenzung für höhere Löhne eingeführt wird. **Damit öffnet diese Regierung die Tür für weitere Kürzungen. Der doppelte Indexsprung – 2026 und 2028 – ist besonders bitter, zusätzlich zur Lohnblockade durch das Lohngesetz.**

Die Regierung greift weiterhin die **Arbeitszeit** mit mehr Flexibilität wie Nachtarbeit und übermäßigen Überstunden an. Für die Gewerkschaften ist das nicht akzeptabel. Die Haushaltsbotschaft der Arizona-Regierung ist hart: Länger und schwerer arbeiten für weniger Sicherheit in Bezug auf Rente, Gesundheit und Kaufkraft. Für die ABVV-FGTB ist diese Vereinbarung kein Endpunkt, sondern eine Bestätigung, dass der Druck auf diese Regierung aufrechterhalten werden muss.
Die Menschen, die dieses Land am Laufen halten, haben ein Recht auf Respekt und nicht auf einen Haushalt, der ihnen erneut die Rechnung präsentiert. Die ACV-CSC stellt zu Recht fest, dass die Pläne für den öffentlichen Sektor und das Bildungswesen nicht angepasst werden. Die ACLVB-CGSLB kritisiert die mangelnde Bereitschaft, wirklich zuzuhören, obwohl Themen auf dem Tisch liegen, die das Leben Tausender Menschen betreffen: wie Renten, Kaufkraft, menschenwürdige Arbeit, gerechte Besteuerung.
Wenn Dialog unmöglich wird, bleibt nur noch ein Signal: Aktion der Gewerkschaften! Die

Demonstration Mitte Oktober war zugleich Auftakt zu einer größeren **Aktionswelle:** Die Gewerkschaften riefen im November zu einer dreitägigen Streikwelle auf: **Am 24., 25. und 26. November 2025 streikten unter anderem die Eisenbahnen und öffentlichen Dienste, gefolgt von einem Generalstreik am 26. November.**




Der ABVV-FGTB setzt die Aktionen gegen die ungerechten Maßnahmen der Arizona-Regierung im Jahr 2026 fort. Im Mittelpunkt steht eine nationale **Demonstration Anfang März.** Der Aktionsplan wird mit den anderen belgischen Gewerkschaften abgestimmt.

## EU-Mindestlohnrichtlinie durch Urteil des Europäischen Gerichtshofs endgültig bestätigt

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit seinem Urteil vom 11. November 2025 die Gültigkeit der Richtlinie und deren Kernbestimmungen bestätigt. Sowohl der wichtige Referenzwert als auch Regelungen zur Stärkung der Tarifbindung sind rechtskonform. Damit wurde die Klage Dänemarks – unterstützt von Schweden – gegen das 2022 beschlossene Regelwerk überwiegend zurückgewiesen. Die Begründung der Dänen: Die EU habe mit den arbeitsmarktpolitischen Vorgaben ihre Kompetenzen überschritten, die Richtlinie müsse daher komplett aufgehoben werden.
Dem mochte der EuGH nicht folgen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt wie die EU benötigt soziale Mindeststandards, wenn kein Wettbewerb um die niedrigsten Arbeitsstandards ausgelöst werden soll. In der Entscheidung des EuGH wurden allerdings einige konkrete Regelungen in Artikel 5 aufgehoben, welche den Mitgliedsstaaten Kriterien zur Festlegung des Mindestlohns vorgab. Der Gerichtshof hat weiterhin die Verpflichtungen, die sich aus der Richtlinie ergeben, eher zurückhaltend interpretiert.
Wichtig ist aber, dass die beiden wesentlichen Schwellenwerte zur Angemessenheit des Mindestlohns bestätigt wurden. Um einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen, sind 50 % des Medianlohns und 60 % der Durchschnittslohns wichtige Bezugspunkte für die Bewertung der Angemessenheit.
Weiterhin gelten sämtliche in der Mindestlohnrichtlinie aufgeführten Regelungen zur Stärkung der Tarifbindung. Tarifverträge sind die Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen in ganz Europa. Die Richtlinie sieht vor, dass EU-Mitgliedsstaaten, deren Tarifbindung unter der Schwelle von 80 % liegt, einen nationalen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen zur Steigerung der Tarifbindung bis Ende 2025 bei der Kommission vorlegen müssen. Da die Tarifbindung der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland bei nur noch 49 % liegt, ist nach Richtlinie ein nationaler Aktionsplan vorzulegen.
Der DGB hat in seiner Stellungnahme bereits viele konkrete Vorschläge gemacht, z. B. wirkungsvolles Bundestariftreuegesetz, digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften im Betrieb, Offenlegungspflicht für Arbeitgeber, ob sie verbandsgebunden sind, besserer Schutz vor gewerkschaftsfeindlichem Verhalten.
Insgesamt begrüßen sowohl der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) als auch industriAll Europe das Urteil des EuGH als einen (moderaten) Sieg für das soziale Europa.